



Der alternative Blick

Ausgabe 3 | Februar 2024



„Correctiv“: Steuergeld für Lügen

Liebe Leser,

inzwischen ist es aufgefliegen: „Correctiv“ hat das harmlose private Treffen in Potsdam in zersetzerischer Stasi-Manier zu einer Remigrations-„Wannseekonferenz“ der AfD zu rechtgelogen. Aufgeflogen ist auch, dass „Correctiv“ seit Jahren mit unserem Steuergeld gefördert wird. Zusätzlich steht der Verdacht im Raum, dass der Verfassungsschutz in diese Posse involviert oder sogar der Strippenzieher ist.

Was für ein Abgrund! Die Bundesregierung hält sich Lohnschreiber, die Lügen-Munition gegen die parlamentarische Opposition liefern – vorgeblich um die Demokratie zu retten: **Die Ampelregierung hat die Bundesrepublik politisch auf das Niveau von Zimbabwe heruntergewirtschaftet.**

Zum Ausspähen des privaten Treffens hat „Correctiv“ wie einst die Stasi heimlich Aufnahmen gemacht und undercover einen Spion eingeschleust – ein strafbares Vorgehen. Als wäre Erich Mielke auferstanden: Aus dumpfem Hass auf „die Anderen“ bespitzelt man heute wieder Oppositionelle und zersetzt deren Umfeld. Das ist ein Anschlag auf den Rechtsstaat und damit auf die Demokratie.

Wir fordern deshalb, „Correctiv“ die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, alle bisherigen öffentlichen Gelder zurückzufordern sowie deren Straftaten vor den Kadi zu bringen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Rainer Balzer

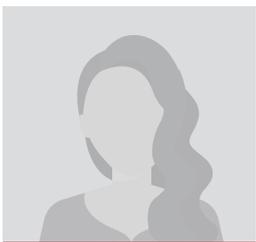
Die Linksausleger

Correctiv“ stellt auf seiner Webseite 83 Team-Mitglieder vor. An den Futtertrögen der Regierung und ihres rot-grünen NGO-Umfeldsumpfes lebt es sich glänzend: 2022 hat das „Netzwerk“ vier Millionen Euro Zuwendungen kassiert und davon 2,7 Millionen Euro für Personal ausgegeben.

Der Chef von „Correctiv“ ist linksextremistisch unterwegs. Folglich werden unter ihm nur politisch gleichgesinnte Mitarbeiter eingestellt – laut Eigenwerbung natürlich für das „Gemeinwohl“. Wer also bekommt unser Steuergeld für regierungstreue linke Propaganda?



David Schraven ist Gründer und Chef der Organisation. 1990 war er Mitgründer der linksradikalen taz-Redaktion Ruhr, 2010 Mitgründer des Blogs „Die Ruhrbarone“. Dieser gilt als Organ der Antideutschen, die **der Verfassungsschutz dem linksextremistischen Spektrum zurechnet**.



Uschi Jonas ist Leiterin der „Faktenchecker“ und **betreibt selbst Desinformation**. Bis heute schreibt sie vom „Geheimtreffen“ zur „Vertreibung von Millionen“ – ihre „Fakten“ gibt es nur nach linkem Gusto.



Jean Peter ist maßgeblich am Zustandekommen der Lügenstory um das „Geheimtreffen“ beteiligt. Auf seiner Webseite wirbt er explizit für sein schäbiges Geschäftsmodell: **„Ich erfinde Geschichten, mit denen ich in das politische und wirtschaftliche Geschehen interveniere“**. Aus diesem Satz hat er Anfang Februar das „erfinden“ entfernt. 2016 warf er Beatrix von Storch eine Torte ins Gesicht. Dafür wurde er wegen tätlicher Beleidigung verurteilt und stieg umgehend zunächst zu Böhmermann und dann zu „Correctiv“ auf. Auf seinem – inzwischen stillgelegten – Twitterprofil gibt er stolz zu: **„Ich bin Antifa“**.

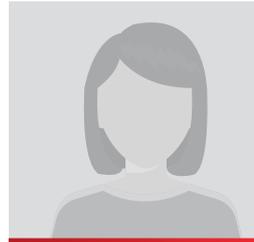
Grafiken: macrvector / studiogstock / freepik.com



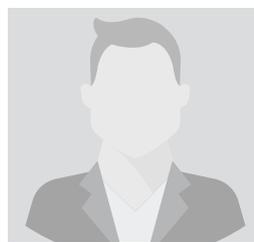
Jeannette Gusko ist Ko-Geschäftsführerin und vertritt eine **gesichert linke Ideologie**. Sie ist tätig für das „Centre for Feminism“, „Pro Quote Medien“, das „Zentrum für feministische Außenpolitik“, für das sie Spenden sammelte, für den linken ÖRR, die taz, die ZEIT, und die SPD. Auf Fotos posiert sie mit Saw-san Chebli.



Till Eckert arbeitet in der Redaktion und macht aus seiner Gesinnung erst gar keinen Hehl: Sein Thema ist **#KeinFilterFürRechts**. Wo bleibt der Filter für links?



Anette Dowideit ist stv. Chefredakteurin. Politisch steht sie tief in der linken Blase. Selbst Friedrich **Merz ist ihr zu populistisch** und AfD-nah.



Justus von Daniels ist einer der drei Chefredakteure. Er verbreitet bis heute auf LinkedIn, jenes private Treffen in Potsdam sei ein „Geheimtreffen“ gewesen, auf dem es um die „millionenfache Vertreibung“ von Migranten gegangen sei. Wer **über die nachgewiesenen Fakten zu diesem Fall lügt**, hat auch für alle andere Themen seine Seriosität verspielt.



Hatice Kahraman ist Leiterin der „Jugendredaktion“ und ausweislich ihres Kopftuches bekennende Moslemin. Sie verantwortet das „Salon5“-Web-Radio und veröffentlicht dort **permanent Beiträge, die nebulös Stimmung gegen die AfD schüren**. Journalismus muss sich auch kritisch mit Parteien auseinandersetzen. Nach kritischen Beiträgen über die Grünen, Linken, Roten oder Schwarzen sucht man auf dem Kanal von Frau Kahraman allerdings vergebens.

Wir haben „Correctiv“ gefragt, ob wir die hier fehlenden Fotos von deren Webseite für unseren Artikel verwenden dürfen. Eine Antwort haben wir nicht erhalten.

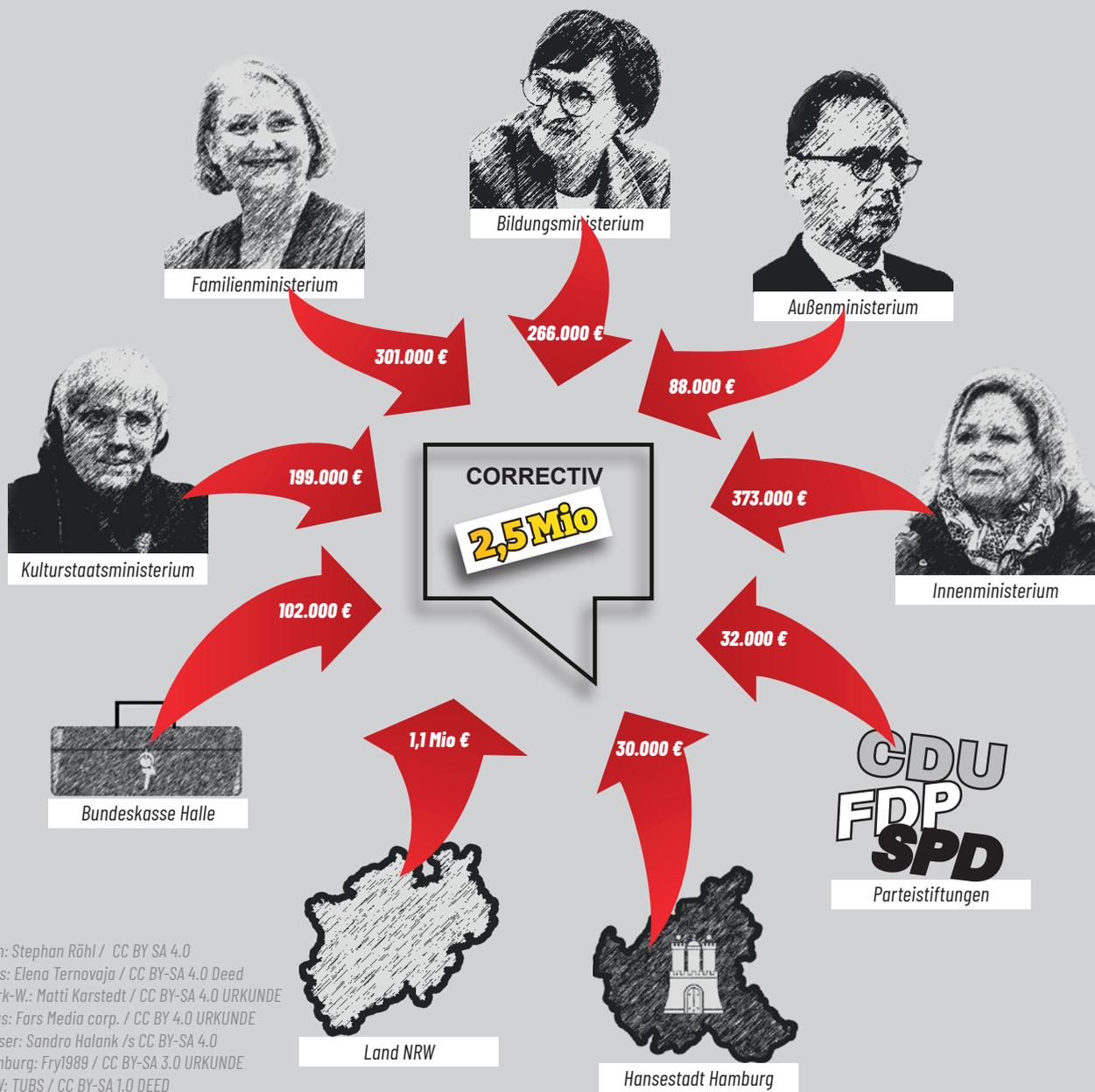
Die Steuergeldgeber

Aus direkten Steuermitteln hat „Correctiv“ bisher 2,5 Millionen Euro eingestrichen. Und auch indirekt ist der Steuerzahler dabei: Durch die Gemeinnützigkeit sind dem Fiskus allein im Zeitraum 2020 – 2022 rund 270.000 Euro entgangen.

Eine Anschubfinanzierung von drei Millionen Euro leistete die Brost-Stiftung, Teil der linken Funke-Medien-Gruppe, geleitet vom SPD-Mann Bodo

Hombach. Bis 2018 flossen weitere 3,8 Millionen Euro von der Stiftung an das linke Netzwerk.

Weitere große Förderbeträge zahlten die Schöpfunglin-Stiftung, die mit „Bunt statt braun“ wirbt, und die Mercator-Stiftung, die auch den grünen Graichen-Sumpf „Agora Energiewende“ finanziert. **Wes Brot ich ess, des Lied ich sing: Wer von Linken finanziert wird, wird linken Gefälligkeitsjournalismus liefern.**



Roth: Stephan Röhl / CC BY SA 4.0
 Paus: Elena Ternovaja / CC BY-SA 4.0 Deed
 Stark-W.: Matti Karstedt / CC BY-SA 4.0 URKUNDE
 Maas: Fars Media corp. / CC BY 4.0 URKUNDE
 Faeser: Sandro Halank /s CC BY-SA 4.0
 Hamburg: Fry1989 / CC BY-SA 3.0 URKUNDE
 NRW: TUBS / CC BY-SA 1.0 DEED
 Kasse: macrovector / freepik.com

Die Fake News-Macher

Correctiv“ will „die demokratische Zivilgesellschaft stärken“ und behauptet, unabhängig und „gemeinwohl-orientiert“ zu arbeiten. Nicht nur das ist eine Irreführung. Auch in anderen Fällen hat das „Recherche-Kollektiv“ die Öffentlichkeit immer wieder belogen. Einige Beispiele:

▶ **„Correctiv ist nicht von der Regierung bezahlt.“**

Das behauptete Frau Dowideit im Presseclub am 28. Januar 2024 und das steht auf der Webseite von „Correctiv“ (wo es inzwischen entfernt wurde). Die Zahlungen aus den öffentlichen Steuertöpfen sind jedoch allgemein bekannt.

▶ **„Correctiv“ unterstellt der AfD Spenden-„Strohleute“.**

Die Fake-News-Produzenten hatten behauptet, die AfD hätte „auch schon Strohleute zur Verschleierung von Spenden eingesetzt“. Diese Behauptung wurde ihnen im April 2022 vom OLG Frankfurt untersagt.

▶ **„Correctiv“ lässt FFF-Aktivisten inkognito recherchieren,** darunter Carla Reemtsma. Diese hat 2020 bei Kommunen in NRW die Beteiligung an Energieunternehmen „recherchiert“, ohne dass dies für die Gemeinden erkennbar war. Dieses unlautere Vorgehen wurde sogar vom Deutschen Journalistenverband kritisiert.

▶ **2016 verkündete Schraven einen Wahlsieg von Clinton.**

Ausführlich beschrieb er um Mitternacht die Niederlage von Trump. Pech für sein Wunschdenken: Am nächsten Morgen musste er diese Mitteilung korrigieren.

Die „Faktenchecker“ von „Correctiv“ zensieren auf Facebook, was das Zeug hält. Dieser unerträgliche Eingriff in die Meinungsfreiheit ist ein fettes Geschäft: Pro „Faktencheck“ gibt es nach Schätzungen rund 1.500 bis 2.000 Euro Honorar. Die arroganten Meinungspolizisten scheitern jedoch immer wieder vor Gericht. Ein paar wenige von vielen Beispielen:

▶ **Dezember 2021: „Correctiv“ verliert gegen Achgut.**

Das OLG Karlsruhe verbietet die Löschung eines Achgut-Facebookposts zu einem Corona-Artikel. Das Einblenden eines „Faktencheck“-Hinweises stelle eine nicht mehr hinzunehmende Herabsetzung der journalistischen Leistung der Klägerin dar, so das Gericht.

▶ **Juli 2021: Warnhinweis wird untersagt.**

Das OLG Karlsruhe verbietet einen „Faktencheck“-Hinweis an einem Facebookpost von Tichy, der den hohen Migrantenanteil an Corona-Intensivpatienten thematisiert.

▶ **Mai 2020: „Correctiv“ unterliegt Tichys Einblick.**

Das OLG Karlsruhe untersagt „Correctiv“ in zweiter Instanz, einem Facebookpost von Tichys Einblick über einen kritischen offenen Brief über den Klimawandel das Etikett „teils unwahr“ anzuheften.

V.i.S.d.P.: Sven Geschinski
Im Landtag: Konrad-Adenauer-Str. 3
70130 Stuttgart, 0711 2063 5612
rainer.balzer@afd.landtag-bw.de



Die Wendegurke des Monats

Amira Mohamed Ali hat sich noch gerade rechtzeitig gewendet: War sie bisher *gegen* jedwede Abschiebungen, so ist sie heute lieber *für* Abschiebungen. Das muss sie auch, denn sie soll Chefin von Wagenknechts Partei werden. Diese wiederum macht mit Kritik an der Masseneinwanderung von sich reden.

Verständlich, dass Frau Mohamed Ali noch schnell auf den lukrativen fahrenden Zug aufspringen musste.

